Asianismus und Völkerrecht: Japans sanfter Übergang von der Großasiatischen Wohlstands- sphäre zu den Vereinten Nationen, 1944–1956

Urs Matthias Zachmann

SUMMARY

Asianism and International Law: Japan's Easy Transition from the Greater East Asia Co-Prosperity Sphere to the United Nations, 1944–56

Japan's defeat in the Asian-Pacific-War (1937–45) is often seen as one of the great watersheds in global history. For Japan, it separates modern history from the present. However, there also existed conspicuous continuities, one of which was the seemingly easy transition from support of the wartime concept of a Greater East Asia Co-Prosperity sphere to the post-war international order centering on the United Nations. In international law, the transition was accomplished through the re-appropriation of legal concepts and political sentiments associated with the "Großraum"-concept of the Co-Prosperity Sphere and their transference to the new global peace order. This paper argues that the transference was made possible through an intrinsically integrative spirit, i.e. Asianism and internationalism, respectively, as the common link between the two seemingly contradictory concepts of international order.

Auch Theorien haben ihre Schicksale. Die politischen Umwälzungen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Beendigung des Kalten Krieges haben alte Staaten untergehen, neue Staaten entstehen und alte Staaten in neuem Kleid erstehen sehen. Es ist daher kaum ein Zufall, dass gerade in diesen dynamischen Zeiten ein Schlagwort Konjunktur erlebte, welches der schottische Jurist Alan Watson mit seinem Werk *Legal*

Transplants (1974) prägte.¹ Watson beschrieb in diesem Werk historische Fälle der Übertragung von „Rechtskörpern“ aus ihrem ursprünglichen soziokulturellen Kontext in eine neue Umgebung und den Effekt, den diese Operation sowohl auf den Rechtskörper als auch seine neue Umgebung hatte.²

Lässt man einmal die Frage dahinstehen, wie die Umwälzungen der jüngsten Zeitgeschichte zu beurteilen sind, so wird man doch allgemein behaupten können, dass mit den Übertragungen, die Watson beschrieb, sich in der Geschichte oft zugleich ein weit-aus grundlegenderer Wandel vollzog. Denn in den meisten Fällen ging der beschriebenen Übertragung ja eine radikale Umwälzung des internationalen Kontextes voraus, bei der der Zielstaat sozusagen *selbst* in eine neue weltpolitische Ordnung „übertragen“ wurde. Seit der Expansion der westlichen Staatengemeinschaft im 19. Jahrhundert gilt dies freilich – mit wechselnder Intensität und Geschwindigkeit – für beinahe jedes außereuropäische Land.³ An kaum einem anderen Staat wurde die Transformation jedoch so augenfällig exerziert wie an Japan seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Die traditionelle Chronologie lässt mit der Öffnung Japans und der darauf folgenden Meiji-Restauration (1868) die Moderne (*kindai*) in Japan beginnen und – nach wechselvollem außenpolitischem Kurs – 1945 mit der Niederlage Japans in der Gegenwart (*gendai*) enden.⁴ Damit kennzeichnet sie den Abschluss eines langen Entwicklungsbogens, der – in freilich teleologisch verkürzter Rückschau – sozusagen als *Japans* „langer Weg nach Westen“ beschrieben wird. Die dauerhafte Einbindung Japans in die Sicherheitsarchitektur der USA durch das Sicherheitsbündnis von 1951/60 sowie die Aufnahme Japans in die Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen im Jahre 1956 erscheinen dabei lediglich als der äußere Ausdruck dieser Ankunft Japans in der Gegenwart.

Auch wenn man die Tragweite dieser letzten Ereignisse für Japans Stellung in der internationalen Gemeinschaft wohl kaum unterschätzen können, so verstellt ihre traditionelle Deutung als endgültiger Bruch und Zäsur doch den Blick auf Kontinuitäten. Diese werden in der jüngeren Forschung, z. B. in der Wirtschaftsgeschichte, immer häufiger betont. Kontinuitäten mögen spärlicher und weniger auffällig sein im politischen Denken aufgrund der „Revolution von oben“, welche die Niederlage, die amerikanische Besatzung zwischen 1945 und 1953 und die neue Verfassung von 1947 darstellten. Aber auch hier erstaunt die scheinbar behende Leichtigkeit, mit der die japanische Bevölkerung und die Eliten sich in die neuen Umstände fügten und, um John Dowers bekanntes Werk zu zitieren, die Niederlage „umarmten“. ⁵ Eine ähnliche Leichtigkeit des Übergangs

1 A. Watson, *Legal Transplants: an Approach to Comparative Law*, Charlottesville 1974. Im folgenden wird aus der 2. Auflage (Athens, GA 1993) zitiert.

2 Ebenda., S. 21 f., 29 f.

3 Siehe H. Bull/A. Watson (Hrsg.), *The Expansion of International Society*, Oxford 1984.

4 Zur Problematik des Begriffs „Moderne“ in der japanischen Geschichte vgl. W. Schamoni, Eine Anmerkung: Wie übersetzt man *kindai*?, in: *hon'yaku* Nr. 4 (März 2002), S. 40-60.

5 J. Dower, *Embracing Defeat: Japan in the Wake of World War II*, New York 1999; zum Begriff der „Revolution von oben“ siehe ebenda., S. 69-73.

erkennt man im außenpolitischen Denken, welches hier am Beispiel des völkerrechtlichen Diskurses in Japan dargestellt werden soll.⁶

Recht und Rechtswissenschaften werden gemeinhin ein ambivalentes Verhältnis zu Macht- und Systemwandel zugeschrieben. So wird häufig der Ausspruch des Juristen Otto Mayer „Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht“⁷ zitiert, um den Widerstand von Recht gegenüber politischem Wandel zu beschreiben. Andererseits wird gerade bei Völkerrechtlern auf den besonderen Realitätssinn und die besondere „Wirklichkeitsnähe“ des Völkerrechts verwiesen, die Juristen besonders empfänglich für veränderte „Lagen“ mache und nicht selten diesen das Wort reden ließe.⁸ Die „etatistische Tendenz“ gelte besonders für japanische Völkerrechtler, die aus noch zu erläuternden Gründen regelmäßig auch als Berater im Dienste der Regierung standen und daher bereits aus beruflicher Loyalität den politischen Wandel mit vollzogen.⁹

Wie auch immer das Verhältnis von Völkerrecht und Politik im Allgemeinen zu beurteilen ist, so finden wir die beschriebene Ambivalenz jedenfalls exemplarisch in der Haltung japanischer Völkerrechtler zu dem politischen Wandel nach 1945 verwirklicht. Beinahe unvermittelt schwenkten diese – bereits vor der tatsächlichen Beendigung des Krieges – von der ehemaligen Befürwortung einer „Großostasiatischen Wohlstandssphäre“ (*Dai-Tōa kyōeiken*) um zu einer Idealisierung der Vereinten Nationen und der Forderung nach dem raschen Eintritt Japans in diese Organisation. Allerdings muss hinzugefügt werden, dass der Enthusiasmus für die neue „Friedensordnung“ unter den Vereinten Nationen nicht auf Juristen beschränkt blieb, sondern – wenn man Äußerungen in Zeitungen und Zeitschriften als Spiegel öffentlicher Meinung trauen kann – durchaus einen Großteil der japanischen Bevölkerung ergriffen hatte. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Vereinten Nationen, wenn wir uns die Entstehungsgeschichte des Namens dieser Organisation vergegenwärtigen, in der „Erklärung der Vereinten Nationen“ von 1942 diejenigen 26 alliierten Staaten bezeichneten, die Japan seine Niederlage zufügten. Der frühe japanische Enthusiasmus für die Vereinten Nationen stellt daher ein weiteres bemerkenswertes Beispiel einer aktiven „Umarmung“ der Niederlage dar, deren innere Mechanismen jedoch nach wie vor im Dunkeln liegen.¹⁰

Die folgende Untersuchung beleuchtet den sanften Übergang Japans von der Großostasiatischen Wohlstandssphäre zur „Friedensordnung“ der Vereinten Nationen auf dem

6 Zu einer allgemeinen Darstellung des Paradigmenwandels und der Kontinuität im außenpolitischen Denken Japans der Zwischen- und Nachkriegszeit siehe T. Sakai, *Kindai Nihon no kokusai chitsujo-ron* (Der politische Diskurs zur internationalen Ordnung im modernen Japan), Tokyo 2007.

7 O. Mayer, *Deutsches Verwaltungsrecht*, Bd. 2, 3. Aufl., München 1924, Vorwort zur dritten Auflage.

8 W. Graf Vitzthum, *Begriff, Geschichte und Rechtsquellen des Völkerrechts*, in: ders. (Hrsg.), *Völkerrecht*, 4. Aufl., Berlin 2007, S. 17; M. Stolleis, *Zur Ideengeschichte des Völkerrechts 1870–1939*, in: L. Raphael und H. Tenorth (Hrsg.), *Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit: Beiträge für eine erneuerte Geistesgeschichte*, München 2006, S. 168.

9 Zur „etatistischen“ Tendenz japanischer Völkerrechtler vgl. Y. Ōnuma, 'Japanese International Law' in the prewar period – perspectives on the teaching and research of international law in prewar Japan, in: *The Japanese Annual of International Law* 29 (1986), S. 30, 33–35, 39–40.

10 Vgl. Dower, *Embracing Defeat* (wie Anm. 5); Dower geht allerdings auf diesen Aspekt in seinem Werk nicht ein.

Gebiet des völkerrechtlichen Diskurses. Dabei zeigt sich, dass der scheinbar unvermittelte Übergang von der einen Ordnungsvorstellung zur anderen tatsächlich durch einen Prozess vermittelt wurde, den man in Abwandlung der eingangs erwähnten Vorstellung der *legal transplants* vielleicht als *legal transference* bezeichnen könnte. In Analogie zu dem Begriff der psychologischen „Übertragung“ wird damit eine bewusste oder unbewusste Übertragung von Konzepten und Vorstellungen aus einer früheren Rechtsordnung auf eine nachfolgende bezeichnet. Auch japanische Völkerrechtler übertrugen Konzepte und Sentimente aus Kriegszeiten auf die neue Friedensordnung der Nachkriegszeit und widmeten sie kurzerhand auf diese um. Dies geschah jedoch nicht willkürlich, sondern war möglich durch den intrinsisch integrativen Geist beider Ordnungsvorstellungen, namentlich des Pan-Asianismus der Wohlstandssphäre auf der einen Seite und des universalistischen Internationalismus des Ideals der Vereinten Nationen auf der anderen Seite, als Verbindung und Schnittstelle des Übertragungsprozesses.

1. Japan und die internationale Staatengemeinschaft vor dem Krieg

Japans Rezeption des westlichen Völkerrechts im späten 19. Jahrhundert war eng verknüpft mit dem Streben, sich als nichteuropäische Macht unter den europäischen Großmächten zu behaupten und ein Mitglied der lange Zeit rein westlichen Staatengemeinschaft zu werden.¹¹ Wie Gerrit Gong in seinem Werk „The Standard of ‚Civilization““ beschrieb, machten westliche Großmächte die Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit nichtwestlicher Staaten abhängig von der Erfüllung gewisser „Standards“.¹² Diese Standards waren zunächst nicht eindeutig definiert, präzisierten sich jedoch gerade in Reaktion auf Japans Aufstieg zu einer Großmacht. Um das Jahr 1905, zur selben Zeit also, als Japan aufgrund seines Sieges über Russland mehr oder minder als Großmacht anerkannt und in die internationale Gemeinschaft aufgenommen wurde, waren die Standards auch ausdrücklich bestimmt.¹³ In ihrem Kern bestanden sie aus der Beachtung des Völkerrechts westlichen Ursprungs, und um dieses zu gewährleisten, beschäftigte die japanische Regierung und das Außenministerium ausländische Experten, bildete jedoch auch gleichzeitig eigene Fachleute aus.¹⁴ Zu diesem Zwecke gründete der Staat

11 Zur Integration Japans in die westliche Staatengemeinschaft siehe H. Suganami, Japan's Entry into International Society, in Bull/Watson, Expansion of International Society (Anm. 3), S. 185-199; S. Suzuki, Japan's Socialization into Janus-Faced European International Society, European Journal of International Relations 11 (2005) Nr. 1, S. 137-164. Zum völkerrechtlichen Aspekt siehe Onuma, Japanese International Law' (Anm. 9); K. Akashi, Japanese 'Acceptance of the European Law of Nations: a Brief History of International Law in Japan c. 1853-1900, in: M. Stolleis/M. Yanagihara (Hrsg.): East Asian and European Perspectives on International Law, Baden-Baden 2004, S. 1-21.

12 G. W. Gong, The Standard of 'Civilization' in International Society, Oxford 1984. Zur Idee der "Gemeinschaft der 'zivilisierten' Staaten" siehe auch W. Grewe, Epochen der Völkerrechtsgeschichte, 2. Aufl., Baden-Baden 1988, S. 520-535.

13 Gong, Standard of 'Civilization' (wie Anm. 12), S. 14.

14 M. Ichimata, Nihon no kokusaihō-gaku o kizuita hitobito (Die Gründer der Völkerrechtswissenschaft in Japan), Tokyo 1973, S. 11-18.

im Jahre 1877 die juristische Fakultät der Reichsuniversität Tokyo, später auch, im Jahre 1899, die juristische Fakultät der Reichsuniversität Kyōto. Völkerrecht gehörte von Anfang an in den Lehrplan. Die beiden Universitäten stellten bis in die Nachkriegszeit die beiden traditionellen Zentren der Rechtswissenschaften in Japan dar, auch wenn ihnen verschiedene Funktionen zukamen: So war die Universität Kyōto traditionell einflussreicher (und unabhängiger) in der Wissenschaft und Lehre, während die Universität Tokyo engere Bindungen zu den politischen Zirkeln der Hauptstadt unterhielt. Im Jahre 1897, d. h. immerhin neun Jahre vor der Gründung eines amerikanischen Pendant, wurde zudem die japanische Gesellschaft für Völkerrecht (Kokusaihō gakkai) gegründet.¹⁵ Diese Gesellschaft, die heute noch besteht, war fortan die zentrale Institution japanischer Völkerrechtler und hatte einen gewichtigen Anteil an der Ausgestaltung völkerrechtlicher Ordnungsvorstellungen.

Es sei darauf hingewiesen, dass trotz der Bemühungen seitens der Regierung, sich europäischen Standards anzupassen, in der Bevölkerung oft Unwille herrschte über Japans „unterwürfige“ Rolle in diesem Integrationsprozess, insbesondere in oppositionellen Kreisen (die diesen Unwillen allerdings auch oft genug aus rein innenpolitischem Machtkalkül schürten). Der polemische Begriff der „ungleichen Verträge“ (*fu-byōdō jōyaku*), der die Verträge Japans mit den USA und den europäischen Mächten bezeichnete, zielte auf diese Problematik und verband sich mit der Forderung, dass die angebliche Ungleichbehandlung ohne Zugeständnisse überwunden werden müsse.¹⁶ Zugleich gab es unter Vertretern einer „harten“ Außenpolitik eine Bewegung, die Japans Mission als fortschrittlichste Nation in Ostasien in der „Befreiung“ Asiens – oder doch der angrenzenden Staaten Ostasiens – von europäischem Großmachtstreben sah und ihre Visionen in Wendungen wie „Asien ist eins“ oder „Asien ist das Asien Asiens“ (*Tōyō wa Tōyō no Tōyō nari*) kleideten.¹⁷ Seit dem Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898 wurde das Ziel einer asiatischen Sphäre frei von westlicher Intervention auch als „asiatische Monroe-Doktrin“ formuliert. Diese Vorstellungen und Hoffnungen bildeten seitdem den festen Kern dessen, was wir heute als „Pan-Asianismus“ bezeichnen.¹⁸

Der Protest gegen westliche Gängelung oder Bevormundung riss auch nach den langersehten Revisionen der „ungleichen Verträgen“ am Ende des 19. Jahrhunderts nicht ab. Ein ähnlicher Unwille regte sich nach Beendigung des Ersten Weltkrieges, als Japans ausufernder Einfluss in Ostasien wieder zurückgedrängt und in dem sogenannten

15 Zur Geschichte der Kokusaihō gakkai vgl. ebenda S. 105-143.

16 Zum Protest gegen die „ungleichen Verträge“ vgl. K. B. Pyle, *The New Generation in Meiji Japan: Problems of Cultural Identity 1885–1895*, Cambridge, Mass. 1969, S. 99-117.

17 „Asia is one“ ist der berühmte Einleitungssatz aus „The Ideals of the East with Special Reference to the Art of Japan“ (London 1902) von Okakura Tenshin (1862–1913); der zweite Ausspruch stammt von Konoe Atsumaro (1863–1904), Vater von Konoe Fumimaro (siehe sogleich), vgl. Konoe Atsumaro nikki (Tagebuch von Konoe Atsumaro), Konoe Atsumaro nikki kankō-kai (Hrsg.), Tokyo 1968–1969, Bd. 2, S. 198.

18 Einen Überblick zum japanischen Pan-Asianismus gibt S. Saaler, *Pan-Asianism in modern Japanese history*, in: S. Saaler/V. Koschmann (Hrsg.), *Pan-Asianism in Modern Japanese History*, London 2007, S. 1-18; vgl. auch den klassischen Aufsatz von Y. Takeuchi, *Der japanische Asianismus* (1963), übers. v. C. Uhl in Y. Takeuchi, *Japan in Asien: Geschichtsdenken und Kulturkritik nach 1945*, hrsg. von W. Seifert und C. Uhl, München 2005, S. 121-90.

„Washington-Versailles System“ von 1919 und 1921/22 eingedämmt wurde.¹⁹ Berühmtestes Beispiel eines solchen Protests war der Aufsatz, den der junge Prinz Konoe Fumimaro (1891–1945), späterer Premierminister zu Kriegszeiten und eifrigster Verfechter einer „Neuen Ordnung“ in Ostasien, im Jahre 1918 im Hinblick auf die sich abzeichnende Nachkriegsordnung verfasste und mit der Kernaussage betitelt: „Ich lehne einen Pazifismus im Dienste der USA und Britanniens ab“.²⁰ Konoe wies die neue Ordnung, welche Japans Großmachtstellung empfindlich einschränkte, als ungerecht zurück und bezichtigte ihre Befürworter, die Demokratie und Humanismus predigten, der Scheinheiligkeit und willfähigen Dienerschaft angloamerikanischer Interessen. In letzter Konsequenz lehnte Konoe daher einen Frieden ab, wenn Frieden nur der Aufrechterhaltung eines ungerechten *status quo* diene.

Viele japanische Völkerrechtler teilten Konoes Skepsis hinsichtlich der Vorteile der neuen Ordnung und zweifelten insbesondere an der Tauglichkeit ihrer Kerninstitution, des Völkerbundes (dies im Übrigen in Übereinstimmung mit der politischen Führung und dem Großteil der japanischen Bevölkerung).²¹ Ein wesentlicher Punkt ihrer Kritik war die statische Natur des Bundes, welcher keine effektiven Mechanismen der dynamischen und friedlichen Anpassung der Völkerrechtsgemeinschaft an gewandelte politische Verhältnisse vorsah. Im Allgemeinen schickten sich japanische Völkerrechtler jedoch in die neue Völkerrechtsordnung, auch unter dem Einfluss der internationalistischen Atmosphäre der 1920er Jahre.²² Ein bemerkenswerter Ausdruck dessen im Bereich der juristischen Dogmatik war die Befürwortung einer monistischen Struktur der Rechtsordnung mit dem Vorrang des Völkerrechts.²³ Am einflussreichsten war hier Yokota Kisaburō (1896–1993), ein Völkerrechtler der Universität Tokyo, der bereits in der Zwischenkriegszeit eine gewichtige Stimme hatte und in der Nachkriegszeit eine beherrschende Stellung einnahm. So gab (und gibt es) im Völkerrecht einen – mit wechselnder Intensität geführten – Theorienstreit zwischen einer dualistischen Sicht, die das nationale Recht und die Völkerrechtsordnung als zwei unabhängige Ordnungen, gleichsam getrennte Welten, begreift, und einer monistischen, die beide in ein und derselben Gesamtrechtsordnung vereinigt sieht und zumeist das innerstaatliche Recht dem Primat des Völkerrechts unterwirft und damit staatliche Souveränität dem Willen der Staatengemeinschaft unterordnet.²⁴ Auch wenn die eine oder andere Theorie in der praktischen Umsetzung

19 Zum außenpolitischen Hintergrund der folgenden Ausführungen vgl. I. Hata, *Continental Expansion, 1905–1941*, in: P. Duus (Hrsg.), *The Cambridge History of Japan*, Bd. 6: *The Twentieth Century*, Cambridge, 1988, S. 271–314, zum Versailles-Washington-System S. 282–284.

20 F. Konoe, *Eibei hon'i no heiwa-shugi o hai su*, *Nippon oyobi Nipponjin* 746 (Dez, 1918), S. 23–26.

21 I. Nish, *Japanese Foreign Policy 1869–1942: Kasumigaseki to Miyakezaka*, London 1977, S. 121. Zu Japans Verhältnis zum Völkerbund siehe auch T. Burkman, *Japan and the League of Nations. Empire and World Order, 1914–1938*, Honolulu 2008.

22 Zum Internationalismus der Zeit aus transnationaler Perspektive vgl. A. Iriye, *Cultural Internationalism and World Order*, Baltimore 1997, S. 51–90.

23 Vgl. hierzu Ōnuma, *Japanese International Law'* (wie Anm. 9), S. 38; Y. Matsui, *The Social Science of International Law: Its Evolution in Japan*, *The Japanese Annual of International Law* 45 (2002), S. 4–8; T. Sogawa/T. Matsuda, *Senkan-ki ni okeru kokusai-hō* (Völkerrecht in der Zwischenkriegszeit), *Horitsu jihō* 50 (1978), Nr. 13, S. 52.

24 Zum Theorienstreit insbesondere in der deutschen und romanischen Wissenschaft siehe P. Kunig, *Völkerrecht*

kaum zu verschiedenen Ergebnissen führt und der Streit mittlerweile als „akademisch“ eingestuft wird, so ist offensichtlich, dass beiden ganz verschiedene Einstellungen zu Staat und Staatengemeinschaft unterliegen und die monistische Sicht sich als die tendenziell integrativere und internationalistischere erweist. Yokota Kisaburō akzentuierte die homogene Struktur der einheitlichen Ordnung im übrigen noch stärker als seine europäischen Impulsgeber (insbesondere Hans Kelsen), indem er die Binnenstruktur des Staates als Modell für die Makrostruktur der Völkerrechtsgemeinschaft annahm und den Völkerbund daher als eine Art „Weltregierung“ und Staaten lediglich als deren administrative Organe betrachtete.²⁵

Es wird häufig behauptet, dass der internationalistische Geist, aufgrund dessen japanische Völkerrechtler sich trotz der offensichtlichen Nachteile für Japan dennoch mit dem Völkerbund anfreunden konnten, in den 1930er Jahren, nach dem Zusammenbrechen der Weltwirtschaft und des Versailles-Washington Systems, schnell verblasste. Man könnte jedoch auch das Gegenteil behaupten, insofern Japan, dessen Mandschurei-Politik ja den äußeren Anlass für das Zusammenbrechen der alten politischen Ordnung darstellte, bedacht darauf war, die darauf folgende wachsende internationale Isolation durch eine immer stärkere und insistierende internationalistische Rhetorik zu kompensieren.²⁶ So wurde der japanische Konflikt mit den USA und dem Völkerbund über die Anerkennung des Marionettenstaates Manchukuo, der zum Austritt Japans aus dem Völkerbund im Jahre 1933 führte, als mutiger Akt des gerechten Protests dargestellt, der die wahre Natur des Völkerbundes als Instrument angloamerikanischer Dominanz entblößte.²⁷ Es fällt leicht, diese Rhetorik aus der Rückschau als schlichte Propaganda zu bewerten. Jedoch sollte man zumindest die Möglichkeit einräumen, dass Zeitgenossen diese Rhetorik, aus welcher Motivation heraus auch immer, ernst nahmen, und so sahen alle japanischen Völkerrechtler – mit der prominenten Ausnahme Yokota Kisaburōs – die Besetzung der Mandschurei durch die japanische Kwantung-Armee als legitimen Akt der Selbstverteidigung und humanitären Intervention zur Aufrechterhaltung der Stabilität und Sicherheit in Nordostasien gerechtfertigt.²⁸

Der Ausstieg Japans aus dem *status quo* der internationalen Ordnung bei gleichzeitiger Beibehaltung des internationalistischen Anspruchs zeitigte auch im völkerrechtlichen Diskurs Folgen: Einerseits blieb die monistische Lehre (und die „Reine Rechtslehre“

und staatliches Recht, in: W. Graf Vitzthum (Hrsg.), *Völkerrecht*, 4. Aufl., Berlin 2007, S. 98-101.

25 Matsui, *Social Science of International Law* (wie Anm. 23), S. 7; einen aufschlussreichen Einblick hierzu gibt bereits die Untergliederung von Yokotas Lehrwerk zum Völkerrecht (*Kokusaiho*, 2. Aufl., Tokyo 1938), in dem Yokota die Völkerrechtsordnung in die klassischen Kategorien Legislative, Exekutive und Judikative unterteilt und das völkerrechtlich relevante Handeln der Einzelstaaten als „mittelbare internationale Verwaltung“ (*kansetsu kokusai gyōsei*) qualifiziert.

26 Vgl. hierzu Jessamyn Abel, *Warring Internationalisms: Multilateral Thinking in Japan, 1933–1964*, unveröffentl. Dissertation, Columbia University 2004.

27 Ebenda, S. 131-133. Zum Austritt Japans aus dem Völkerbund siehe I. Nish, *Japan's Struggle with Internationalism: Japan, China and the League of Nations, 1931–33*, London 1993.

28 Onuma, *Japanese International Law* (wie Anm. 9), S. 39.

Hans Kelsens) weiterhin die wohl einflussreichste unter japanischen Wissenschaftlern.²⁹ Auch jüngere Vertreter wie Yasui Kaoru (1907–1981) behielten diese als Grundüberzeugung bei, selbst wenn sie vorgeblich ihre „Überwindung“ forderten.³⁰ Diese Überwindung bestand jedoch im wesentlichen in der Relativierung des universalistischen Anspruchs des Völkerrechts westlichen Ursprungs durch verschiedene Strategien: einerseits durch seine zeitliche Relativierung, d. h. Historisierung (für diese Richtung war Taoka Ryōichi besonders prägend³¹), andererseits – und bedeutsamer in diesem Zusammenhang – durch die räumliche Rückführung des Völkerrechts auf seinen Ursprung als regionales europäisches Gemeinschaftsrecht, die intensiviertere Beschäftigung mit alternativen regionalen Rechtsordnungen und dem Entwurf einer pluralistischen Völkerrechtsordnung.³² Hierzu gehören u. a. Yasui Kaorus Einführungen in das „Völkerrecht“ der Sowjetunion, vor allem jedoch Tabata Shigejirōs einflussreiche Untersuchung zur notwendig „pluralen Struktur“ der völkerrechtlichen Ordnung.³³ So argumentierte Tabata in den Jahren 1942/43, dass, entgegen der herrschenden Meinung unter europäischen Völkerrechtlern, die Völkerrechtsgemeinschaft keine „geschlossene Gemeinschaft“ (*heisateki-na dantai*) sei mit einem festen Kanon von Grundsätzen, außerhalb derer zwischenstaatliches Handeln nicht möglich sei. Diese Grundsätze hätten ihren Ursprung in europäischem Gemeinschaftsrecht und seien daher von lediglich relativer Verbindlichkeit. Der ansonsten abstrakte und formale Charakter des Völkerrechts zwingt gerade dazu, eine plurale oder polydimensionale Struktur der Völkerrechtsordnung anzunehmen und die Möglichkeit pluraler Wertvorstellungen und Konzeptionen innerhalb dieser anzuerkennen. Die regionale Partikularisierung des Völkerrechts als „Großraum-Völkerrecht“ sei daher die folgerichtige Antwort auf den formalen und abstrakten Charakter des allgemeinen Völkerrechts.

29 Vgl. Tabata Shigejirōs (1911–2001) Äußerungen zum Einfluss der „Reinen Rechtslehre“ in S. Tabata, *Kokusai shakai no atarashii nagare no naka de: ichi-kokusaihōgaku-to no kiseki* (Inmitten einer neuen Strömung der internationalen Gemeinschaft: Das Leben eines Studenten des Völkerrechts), Tokyo 1988, S. 27–29.

30 Vgl. Tabatas Erinnerung an ein Treffen junger Völkerrechtler in Karuizawa im Frühling 1938, bei dem Yasui Kaoru die „Überwindung“ der Reinen Rechtslehre forderte (ebenda, S. 29). Yasui hielt jedoch an der monistischen Lehre fest, vgl. seinen Aufsatz *Kokusai-hō to kokunai-hō to no kankei* (Das Verhältnis von Völkerrecht und innerstaatlichem Recht) in: *Tōkyō teikoku daigaku daigaku* (Hrsg.), *Tōkyō teikoku daigaku gakujutsu taikan: Hōgaku-bu, keizai-gakubu*. Tokyo 1942, S. 249–262.

31 Zu Taoka Ryōichis (1898–1985) Ansatz siehe Matsui, *Social Science of International Law* (wie Anm. 23), S. 8–10.

32 Zum Völkerrecht als europäisches Öffentliches Recht siehe C. Schmitt, *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum*, 4. Aufl., Berlin 1997 (1. Aufl. 1950). Vgl. auch Y. Ōnuma, *When was the Law of International Society Born? An Inquiry of the History of International Law from an Intercivilizational Perspective*, *Journal of the History of International Law* 2 (2000), S. 1–66.

33 Vgl. K. Yasui, *Marukusu-shugi kokusai-hō-gaku no joron – Korovin no “Katoki kokusai-hō-ron” no kentō* (Eine Einführung in das marxistische Völkerrecht – Eine Untersuchung zu E.A. Korovins “Das Völkerrecht der Übergangszeit”) von 1933, nachgedruckt in K. Yasui, *Kokusai-hō-gaku to benshō-hō* (Völkerrecht und Dialektik), Tokyo: Hōsei daigaku shuppanyoku, 1970, S. 73–87; S. Tabata, *Kokusai chitsujo no tagen-teki kōsei* (Die plurale Struktur der internationalen Ordnung), *Hōgaku ronsō* 47:3 (Sept. 1942), S. 383–302, 48:2 (Jan. 1943), S. 349–374, 48:6 (Juni 1943), S. 908–934.

2. Der völkerrechtliche Entwurf eines panasiatischen „Großraums“ in Kriegszeiten

Die Tendenzen einer „Regionalisierung“ des Völkerrechts innerhalb einer pluralen Völkerrechtsgemeinschaft nahmen während des Chinesisch-Japanischen Krieges (1937–1945) und des Pazifischen Krieges (1941–1945) konkrete politische Gestalt an. Die beiden Kriege wurden von ideologischen Erklärungen begleitet oder vorbereitet. So verkündete im November 1938 Konoe Fumimaro, nun in seiner Funktion als Premierminister, eine „Neue Ordnung in Ostasien“ (*Tōa shin-chitsujo*).³⁴ Zwei Jahre später, im August 1940, folgte die Proklamation einer „Groß-Ostasiatischen Wohlstandssphäre“.³⁵ Beide Konzepte zielten auf die Errichtung einer ostasiatischen Gemeinschaft mit Japan als Führungsnation. Sie waren daher strukturell integrativ, die Wohlstandssphäre war aufgrund der fortschreitenden Expansion Japans in Südostasien während der Kriegsjahre in ihrer geographischen Ausdehnung jedoch noch expansiver angelegt als ihr Vorgänger-Konzept. Die fortschreitende Expansion spiegelt sich auch in dem ideologischen Fundament der beiden Konzepte wider: Beide bedienten sich panasiatischer Vorstellungen von Gemeinschaft und Harmonie. Während jedoch im Falle der „Neuen Ordnung“ noch die kulturellen und ethnischen Gemeinsamkeiten (im Sinne des klassischen Slogans *dōbun dōshu*, „gleiche Kultur, gleiche Rasse“) im Vordergrund standen, wurden diese mit fortschreitender Expansion immer mehr den Interessen ökonomischer Kooperation und geostrategischen Argumenten gleichgestellt.³⁶ Hinzu kam, dass „Rasse“ in der japanischen Kolonialpolitik – wie Oguma Eiji nachgewiesen hat – eine untergeordnete Rolle einnahm und eher inklusiv als exklusiv konstruiert wurde, um einer weiteren Expansion des Reiches nicht entgegenzustehen (die ethnische Pluralität wurde mit dem Slogan *hakkō ichiu* – „die Welt unter einem Dach“ – zum Ausdruck gebracht).³⁷ Der Pan-Asianismus japanischer Prägung sorgte daher dafür, dass die zu Kriegszeiten entwickelten Ordnungsvorstellungen inklusiver und – zumindest im Ansatz – egalitärer Natur waren, auch wenn die Praxis diesen Anspruch Lügen strafte.³⁸

34 Nish, Japanese Foreign Policy (wie Anm. 21), S. 226-27, 304-5; J. C. Lebra (Hrsg.), Japan's Greater East Asia Co-Prosperity Sphere in World War II: Selected Readings and Documents, Oxford 1975, S. 68-70.

35 Lebra, Japan's Greater East-Asia Co-Prosperity Sphere (wie Anm. 34), S. 71 f.

36 P. Duus, Japan's Wartime Empire: Problems and Issues, in P. Duus/R. H. Myers/M. R. Peattie (Hrsg.), The Japanese Wartime Empire, 1931–1945, Princeton 1996, S. xxi-ii; K. Miwa, Japanese Policies and Concepts for a Regional Order in Asia, 1938–1940, in: J. W. White/M. Umegaki/T. R. H. Havens (Hrsg.), The Ambivalence of Nationalism: Modern Japan between East and West, Lanham 1990, S. 149.

37 Vgl. E. Oguma, A Genealogy of "Japanese" Self-Images, übers. v. D. Askew, Melbourne 2002. – Es sei darauf hingewiesen, dass es hier einen Glaubenskonflikt zwischen der Kolonialbürokratie (die regelmäßig eine striktere „Rassenpolitik“ verfolgte) und der Zentrale gab, vgl. M. Peattie, The Japanese Colonial Empire, 1895–1945, in: P. Duus (Hrsg.), The Cambridge History of Japan, Bd. 6: The Twentieth Century, Cambridge: 1988, S. 96-103.

38 Matsui Yoshirō weist auf den stark „familistischen“ und daher hierarchischen Aspekt der Ideologie der Wohlstandssphäre hin, vgl. Gurōbaru-ka suru sekai ni okeru „fuhēn“ to „chiiki“: „Dai-Tōa kyōei-ken“-ron ni okeru fuhēnshugi hihan no hihan-teki kentō (Das „Universelle“ und die „Region“ in einer globalisierenden Welt: eine kritische Untersuchung zur Universalismuskritik im Diskurs der „Großostasiatischen Wohlstandssphäre“, Kokusaihō gaikō zasshi 102 (2004), Nr. 4, S. 5. – Hierzu muss jedoch gesagt werden, dass – wie K. Miwa beobachtet hat (Anm. 36) – von einer einheitlichen Ideologie der Wohlstandssphäre gar nicht gesprochen werden kann, sondern ver-

Japanische Völkerrechtler zögerten in den ersten Kriegsjahren zunächst, öffentlich an dem politischen Projekt einer ostasiatischen Gemeinschaft mitzuwirken. Im Zuge der generellen Mobilmachung wurde jedoch ab 1940 auch die Kokusaihō gakkai (Vereinigung japanischer Völkerrechtler) tätig. Sie beantragte bei dem japanischen Kultusministerium den Status eines eingetragenen Vereins (wodurch sie zugleich in den Genuss staatlicher Subventionen kam) und erklärte den wissenschaftlichen Beitrag zur Errichtung einer Groß-Ostasiatischen Wohlstandssphäre zu ihrem neuen Ziel.³⁹ Etwa zur gleichen Zeit wurde die wichtigste Denkfabrik der Regierung, die wesentlich an der Formulierung der beiden oben genannten Konzepte beteiligt gewesen war, die Shōwa kenkyūkai (Shōwa Studiengesellschaft) wegen Subversion aufgelöst, und ein Teil ihrer Mitglieder wurde verhaftet.⁴⁰ Man könnte daher auch behaupten, dass die Kokusaihō gakkai mit ihrem Antrag auf staatliche Unterstützung in die Position eines neuen *think tanks* der Regierung für die Konstruktion der neuen Wohlstandssphäre rückte.

Zu diesem Zweck gründete die Juristenvereinigung Unterausschüsse, welche die verschiedenen juristischen und administrativen Probleme im Zusammenhang der Errichtung einer Wohlstandssphäre prüfen sollten. Am wichtigsten in diesem Zusammenhang war hier die Einrichtung eines „Ausschusses für Groß-Ostasiatisches Völkerrecht“ (Tōa kokusai-hō iinkai). Alle führenden Völkerrechtler verschiedener Generationen wie Tachi Sakutarō (1874–1943), Yokota Kisaburō, Yasui Kaoru, Taoka Ryōichi und Tabata Shigejirō waren Mitglieder in diesem Ausschuss. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass diese Völkerrechtler – insbesondere Tachi Sakutarō bis zu seinem Tode im Jahre 1943 – in ihrer Funktion zugleich auch juristische Berater des Außenministeriums waren. Die Klärung der Frage, ob sie einen direkten Einfluss auf die Gestaltung der japanischen Außenpolitik ausübten, würde eine genaue Untersuchung der internen Entscheidungswege anhand der vorhandenen Akten erfordern, welches weder Gegenstand noch Ziel dieser Untersuchung ist. Es ist jedoch nahe liegend, dass die Expertise, die in dem „Ausschuss für Groß-Ostasiatisches Völkerrecht“ gebündelt wurde, auch direkt dem Außenministerium zufluss.

In mehreren Sitzungen pro Monat trugen die genannten Völkerrechtler im Wechsel über den Fortgang ihrer Untersuchungen zu den ihnen je zugeteilten Bereichen vor.⁴¹ Um

schiedene Konzepte mit unterschiedlichen Gewichtungen zugleich existierten. Mithin handelt es sich bei den Elementen des Pan-Asianismus und des Familismus um einander widerstrebende Elemente, die die Ambivalenz der Wohlstandssphäre zwischen Gleichheit und Subordination ausdrückten. Diese Ambivalenz zeigt sich auch in gegensätzlichen Stellungnahmen zur Struktur der Wohlstandssphäre in der juristischen Diskussion. Vgl. hierzu die Darstellung der Positionen von Matsushita Masatoshi (1901–1986), der Gleichheit ablehnte, und Tabata Shigejirō, der Gleichheit grundsätzlich bejahte, bei Matsui, Gurōbaru-ka suru sekai, S. 9 f.

39 Y. Takenaka, „Kokusaihō-gakusha no 'sengo kōsō' – 'Dai-Tōa kokusai-hō' kara 'Kokuren shinkō' e“ (Das 'Nachkriegskonzept' der Völkerrechtler – vom 'Großostasiatischen Völkerrecht' zum 'Glauben an die Vereinten Nationen'), in: Nihon kokusai seiji gakkai (Hrsg.), Shūsen gāikō to sengo kōsō (Nachkriegsdiplomatie und Nachkriegskonzepte), Sonderheft der Kokusai seiji, Nr. 109 (1995), S. 71.

40 Abel, Warring Internationalisms (wie Anm. 26), p. 129–130. Die Shōwa kenkyū-kai war 1933 gegründet worden. Zu ihrem Beitrag vgl. Miwa, Japanese Policies (wie Anm. 36), S. 138.

41 Takenaka, Kokusaihō-gakusha no 'sengo kōsō' (wie Anm. 39), S. 71–72. Die Völkerrechtler der Universität Kyōto (Taoka Ryōichi und Tabata Shigejirō) waren nicht von Anfang an Mitglieder, sondern kamen erst später hinzu.

ihre Ergebnisse der interessierten Öffentlichkeit vorzustellen, gründeten sie im Jahre 1944 zudem eine neue Publikationsreihe, die „Reihe Groß-Ostasiatisches Völkerrecht“ (*Dai-Tōa kokusai-hō sōsho*). In dem Grußwort zu dieser Reihe äußerte der damalige Präsident der Kokusai-hō gakkai, Yamada Saburō (1869–1965), seinen Wunsch, dass die Bemühungen der Gesellschaft und ihrer Mitglieder nicht nur zu der Kodifikation eines Völkerrechts der Neuen Groß-Ostasiatischen Ordnung beitragen würde, sondern auch der Errichtung einer neuen globalen Ordnung und der Verbesserung des bestehenden Völkerrechts der Welt.⁴²

Es ist schwierig zu beurteilen, wie die kodifizierte neue Ordnung ausgesehen hätte, da das Projekt aufgegeben wurde, bevor es überhaupt konkretere Gestalt annahm.⁴³ Es war allen Beteiligten klar, dass die Neue Ordnung eine Nachkriegsordnung sein sollte. In diesem Sinne erfüllte der Krieg die ideologisch notwendige Funktion, die alte, statische Ordnung zumindest in Ostasien zu zerstören und reinen Tisch zu machen für eine neue, dynamische Friedensordnung.⁴⁴ Es ist jedoch ebenso offensichtlich, dass diese neue Ordnung als eine unter vielen und daher integriert in eine plurale, globale Ordnung verstanden wurde. Dies entsprach der Vision einer künftigen, multipolaren Ordnung von „Blöcken“, die als wirtschaftlich und geostrategisch geschlossene Binnenräume in Europa, Amerika, der Sowjetunion und Asien entstehen, jedoch durch internationale Abkommen miteinander verbunden sein sollten.⁴⁵ Die völkerrechtliche Entsprechung hierzu war das Konzept des „Großraums“. So wurde das neue Völkerrecht in Ostasien auch ganz bewusst als „Großraum-Völkerrecht“ (*kōiki kokusai-hō*) bezeichnet.⁴⁶ Die beiden ersten Werke, die in der neuen Reihe der Kokusai-hō gakkai erschienen, waren folglich auch als vorbereitende Studien zu völkerrechtlichen Großraumkonzepten in Europa (vor allen Dingen die Schriften Carl Schmitts) und den USA (Monroe-Doktrin) gedacht, die einer eventuellen Ausgestaltung des Großraums „Asien“ nicht vorgreifen sollten.⁴⁷ Es wurde jedoch immer wieder darauf hingewiesen, dass das ostasiatische Großraum-Völkerrecht der Zukunft nicht im Widerspruch zum allgemeinen Völkerrecht stehen werde. So wies Tabata Shigejirō in dem bereits erwähnten Aufsatz darauf hin, dass – gerade weil die Völkerrechtsordnung eine plurale sei – das allgemeine und regional partikulare Völ-

42 S. Yamada, Grußwort zum Start der Dai-Tōa kokusai-hō sōsho, S. 2, in K. Yasui, *Ōshū kōiki kokusai-hō no kiso rinen* (Grundkonzepte des europäischen Großraum-Völkerrechts), Tokyo 1942.

43 Zur völkerrechtlichen Diskussion der Großraumsphäre allgemein, siehe Matsui, *Gurōbaru-ka suru sekai* (wie Anm. 38), S. 6-12.

44 Vgl. z. B. K. Yasui, „Wakai Nihon no hitotsu no dōkō“ (Eine Tendenz des Neuen Japans), *Nihon hyōron* 13 (1938), Nr. 10, nachgedruckt in „Michi“ *kankō iinkai* (Hrsg.), *Michi – Yasui Kaoru sei no kiseki* (Der Weg – Yasui Kaoru, Spuren seines Lebens), Tokyo 1983, S. 17.

45 Vgl. z. B. Terajima Hirobumi, *Tōa kokusai-hō-kei no kensetsu e* (Auf dem Wege zur Errichtung eines Ostasiatischen Völkerrechtssystems), *Gaikō jihō* 863 (Nov. 1940), S. 77-88.

46 S. Yamada, Grußwort (wie Anm. 42), S. 2.

47 Das erste Buch in der Serie war Yasui Kaorus *Ōshū kōiki kokusai-hō no kiso rinen* (Anm. 42); das zweite Matsushita Masatoshis *Beishū kōiki kokusai-hō no kiso rinen* (Grundkonzepte amerikanischen Großraum-Völkerrechts), Tokyo 1942. Zwei weitere Werke waren bereits angekündigt, die jedoch wegen der baldigen Einstellung der Serie nicht mehr erschienen.

kerrecht nicht in einem Widerspruch stünden und auch in Zukunft die Notwendigkeit der Befolgung des allgemeinen Völkerrechts gegeben sei.⁴⁸

Angesichts dieser Versicherung überrascht es nicht, dass auch die interne Organisation des asiatischen Großraumes internationalen „Standards“ genügen sollte. So ist es kein Zufall, dass eine verbesserte, „dynamisierte“ Version des Völkerbundes hierfür das favorisierte Modell darstellte, auch wenn deren konkrete Ausgestaltung unterblieb. Tatsächlich war eine der ursprünglichen Bezeichnungen für die neue Regionalstruktur der „Ostasiatische Bund“ (*Tōa renmei*), in Analogie zu der Bezeichnung des Völkerbundes (*Kokusai renmei*).⁴⁹ Insofern ließe sich argumentieren, dass die neue Rechtsstruktur, ganz im Sinne der monistischen Einheit von Völkerrecht und nationalem Recht, eigentlich keine regionale *Exklave* zur bestehenden Weltordnung darstellen sollte, sondern tatsächlich eine *Regionalversion* der zukünftigen idealen Weltordnung. In gleicher Weise war der Pan-Asianismus, der die Groß-Ostasiatische Wohlstandssphäre ideologisch trug – sieht man einmal von seiner propagandistischen Funktion, den Krieg in China und Südostasien zu legitimieren ab –, auf einer abstrakteren Ebene nicht als eine antiwestliche Reaktion zum Internationalismus gedacht, sondern vielmehr als eine Lokalversion desselben. In diesem Lichte müssen wir auch die immer wiederkehrende Versicherung der historischen Bedeutung der Wohlstandssphäre für die gesamte Welt verstehen.⁵⁰

3. Kriegsende und Nachkriegszeit

Der Krieg verlief jedoch nicht im Sinne Japans, und bald mussten sich viele Architekten der „Neuen Ordnung“ auf ein ganz anderes Nachkriegsszenario gefasst machen. Bereits Ende 1944, insbesondere nach der Konferenz von Dumbarton Oaks in Washington, bei der Vertreter der Teilnehmermächte USA, Großbritannien, Sowjetunion und China die Grundzüge einer Nachfolgeorganisation des Völkerbundes entwickelten, ließen auch japanische Völkerrechtler still die Idee einer regionalen, Japan-zentrierten Nachkriegsstruktur fallen und beschäftigten sich hinfort (wieder) mit der Frage der Integration Japans in eine globale internationale Nachkriegsordnung.⁵¹ Yokota Kisaburō begann zum Beispiel im Auftrag eines Forschungsinstituts mit engen Verbindungen zum Außenministerium ein Gutachten zur Nachkriegsfriedensordnung der „Vereinten Nationen“ (in ihrem ursprünglichen Sinne).⁵² Dieses Gutachten, das Yokota im März 1945

48 Tabata, *Kokusai chitsujo no tagen-teki kōsei* (wie Anm. 33), *Hōgaku ronsō* 48:6, S. 933 f.

49 Duus, *Japan's Wartime Empire* (wie Anm. 36), S. xxi; Abel, *Warring Internationalisms* (wie Anm. 26), S. 127. Hier sind v.a. Ishiwaras Kanjis (1889–1949) und Miyazakis Masayoshis (1893–1954) Vorstellung eines „Ostasiatischen Bundes“ zu nennen, vgl. Lebra, *Japan's Greater East Asia Co-Prosperity Sphere* (wie Anm. 34), S. 3–8.

50 Duus, *Japan's Wartime Empire* (wie Anm. 36), S. xxiv.

51 Takenaka, *Kokusaihō-gakusha no 'sengo kōsō'* (wie Anm. 39), S. 80; Takenaka zitiert aus Kiyosawa Kiyoshis (1890–1945) Tagebuch *Ankoku nikki* (Tagebuch aus der Finsternis), 25 November 1944, in dem Kiyosawa über eine Diskussionsrunde zur Dumbarton Oaks-Konferenz berichtet.

52 K. Yokota, *Watakushi no isshō* (Mein Leben), Tokyo 1976, S. 171–172. Yokotas Auftraggeber war ein „Forschungsinstitut für Weltpolitik“ (*Sekai seiji kenkyū-jo*). Das Material für seine Studien beschaffte ihm dieses Institut jedoch über das japanische Außenministerium, welches ebenfalls „großes Interesse“ an dem Projekt zeigte.

abschloss, wurde Grundlage für seine „Untersuchungen zu den Vereinten Nationen“ (*Kokusai rengō no kenkyū*), die er bereits 1947 veröffentlichte.⁵³ Derselbe Auftraggeber bat auch den Ökonomen Ōuchi Hyōe (1888–1890), eine Studie zum Finanzsystem der Nachkriegszeit anzufertigen, in Reaktion auf das Bretton-Woods-Abkommen vom Juli 1944.⁵⁴ Beide Untersuchungen wurden 1947 in demselben Verlag veröffentlicht. Gleichmaßen begann eine Studiengruppe an der Universität Kyōto, die neue Nachkriegsordnung unter der Regie der „Vereinten Nationen“ zu diskutieren. Taoka Ryōichi referierte zum Beispiel zu den Vorschlägen von Dumbarton Oaks. Tabata Shigejirō stellte den Mitgliedern des Diskussionskreises die Thesen aus E. H. Carrs viel gelesenen und einflussreichem Werk *Conditions of Peace* (1942) vor.⁵⁵ Auch Yokota Kisaburō nahm an diesen Diskussionen teil und übernahm die Aufgabe des „positivistischen“ Studiums der neuen Rechtsquellen. Aus diesem ging wiederum ein früher Kommentar zur UN-Charta hervor, den Yokota 1948 als Grundlage für eine kritische Diskussion künftiger Reformen veröffentlichte.⁵⁶ In Kriegszeiten war es gewöhnlich außerordentlich schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, an Quellen und Literatur für solche Untersuchungen und Diskussionen zu gelangen. Japanische Völkerrechtler jedoch hatten sie, und in jedem der genannten Fälle war das Außenministerium die Quelle.⁵⁷

Als Japan schließlich die bedingungslose Kapitulation erklärte, waren japanische Völkerrechtler daher wohl gerüstet für den intellektuellen Übergang in die neue Nachkriegsordnung.⁵⁸ Die Niederlage hatte für sie in gewisser Weise einen doppelt befreienden Effekt: Zum einen konnten sie nun freier schreiben und publizieren, ohne die Zensur der japanischen Behörden oder die Selbstzensur der Zunft weiter fürchten zu müssen (wenn auch die amerikanische Besatzung neue Probleme brachte).⁵⁹ Dies galt insbesondere für Yokota Kisaburō, der sich kritisch zu dem außenpolitischen Kurs Japans in den 1930ern geäußert hatte, nun jedoch seine Stunde gekommen sah.⁶⁰ Yokota stieg im Folgenden auch tatsächlich zu der Position des politisch wohl einflussreichsten Völkerrechtlers der

53 Das Gutachten mit dem Titel „Sengo no kokusai heiwa kikō ni kan suru kenkyū“ (Eine Untersuchung zur Friedensordnung der Nachkriegszeit) wurde im August 1945 von dem Auftraggeber Sekai seiji kenkyū-jo im Eigenverlag gedruckt und an seine „Partner“ verteilt.

54 Yokota, *Watakushi no isshō* (wie Anm. 52), S. 171; Ōuchi veröffentlichte seine Ergebnisse als *Sekai shin-tsūka seido no kenkyū* (Studien zu einem neuen globalen Währungssystem), Tokyo 1947, nachgedruckt in Bd. 7 der *Ōuchi Hōyō chosakushū* (Tokyo 1977). Vgl. auch M. Metzler, *Lever of Empire: the International Gold Standard and the Crisis of Liberalism in Prewar Japan*, Berkeley 2006, S. 265-266.

55 S. Tabata, *Kokusai shakai* (wie Anm. 29), S. 60. Tabata stand eine ostasiatische „Raubkopie“ von Carrs Text zur Verfügung.

56 Vgl. Yokotas Vorwort in *Kokusai rengō kenshō no kenkyū* (Studien zur UN-Charta), Tokyo 1948, S. 1-2.

57 Yokota dankt in dem besagten Vorwort (ebenda S. 2) ausdrücklich seinen „Freunden“ beim Außenministerium und der Nachrichtenagentur Jiji tsūshin. Vgl. auch Yokota, *Watakushi no isshō* (wie Anm. 52), S. 171; Tabata, *Kokusai shakai* (wie Anm. 29), S. 61.

58 Zur Entwicklung des Völkerrechts im Japan der Nachkriegszeit, s. Y. Ōnuma, 'Japanese International Law' in the postwar period – perspectives on the teaching and research of international law in prewar Japan, *The Japanese Annual of International Law* 33 (1990), S. 25-53.

59 Vgl. hierzu Dower, *Embracing Defeat* (wie Anm. 5), S. 405-440.

60 Zu Yokotas dominanter Stellung im Diskurs der Nachkriegszeit siehe Sakai, *Kindai Nihon no kokusai chitsujo-ron* (wie Anm. 6), S. 58 f., 64-66.

Nachkriegszeit auf. So brachte er es im Jahre 1960 bis zum Präsidenten des Obersten Gerichtshofs und war bis 1966 maßgeblich an den wichtigen Entscheidungen zu Japans Sicherheitspolitik beteiligt.

Aber auch in einem anderen Sinne wirkte das Kriegsende befreiend: Es entthob die vorgehenden Konzepte einer Nachkriegsordnung ihrer regionalen Beschränkung und ließ sie auf ihre vormalige, globale Dimension re-expandieren. Völkerrechtler begrüßten die Gründung der Vereinten Nationen daher mit Überschwang, und fast unmittelbar nachdem die Kapitulation erklärt und damit das Groß-Ostasiatische Projekt endgültig zu Grabe getragen worden war, erschienen bereits Kommentierungen zur neuen Charta der Vereinten Nationen. Tabata Shigejirō kommentierte diese zum Beispiel bereits in einem Nachwort vom Oktober 1945, d. h. bereits vier Monate nachdem diese angenommen worden war.⁶¹

Es wird kaum überraschen, dass der idealistische Ton und die Perspektive vieler Kommentare sich nicht wesentlich von früheren Äußerungen zur „Neuen Ordnung“ oder der Wohlstandssphäre unterschieden, ja Argumente und dogmatische Figuren nahezu unverändert für die Vereinten Nationen übertragen werden konnten. So begründete zum Beispiel Yasui Kaoru seine Zustimmung zu den Vereinten Nationen im Jahre 1946 mit dem Argument, dass diese das Problem des „Regionalismus“ (*chiiki-shugi*) durch seine Integration in eine globale Organisation erfolgreich gelöst und die Forderung nach der „einen Welt“, die während des Zweiten Weltkriegs erhoben worden war, endlich realisiere.⁶² So willkürlich mancher Gesinnungswandel im Einzelnen erscheinen mag, muss man doch festhalten, dass dieser grundsätzlich einer gewissen inneren Logik nicht entbehrte, insofern – wie bereits festgestellt – die Kontinuität jeweils in der Befürwortung einer inklusiven, theoretisch egalitären Struktur der Völkerrechtsgemeinschaft gegeben war. Dies ermöglichte die eingangs vorgestellte Operation der „Übertragung“ in Zeiten des Systemwechsels.

Die ideelle Kontinuität zwischen dem Aufbau einer ostasiatischen Ordnung und der tatsächlichen Nachkriegsordnung wurde im Übrigen auch von einer personellen Kontinuität begleitet: Von den genannten Völkerrechtlern wurde nur einer, eben Yasui Kaoru, aus seinem Amt entfernt, und dies auch erst nach einer dreijährigen Schwebel.⁶³ Alle anderen Völkerrechtler blieben in ihren angestammten Positionen und erfreuten sich auch in der Nachkriegszeit unverminderter Autorität. Dies war zwar keine berufsspezifische Besonderheit, sondern entsprach der allgemein niedrigen Rate von zwei Prozent der ja-

61 Tabata, *Kokusai shakai* (wie Anm. 29), S. 61. Es handelte sich um das Nachwort zu Tabatas Werk *Kokka byōdō kansen no tenkan* (1946), eine revidierte Version von *Kokka byōdō riron no tenkan* (1944).

62 K. Yasui, *Kokusai rengō to chiiki-shugi* (Die Vereinten Nationen und der Regionalismus), *Kokusai-hō gaikō zasshi* 45 (1946), Nr. 5/6, S. 62.

63 Ursache für Yasuis Entlassung war die bereits erwähnte Publikation zu den „Grundkonzepten des europäischen Großraum-Völkerrechts“ (s. Anm. 42), vgl. Takenaka, *Kokusai-hō-gakusha no 'sengo kōsō'* (wie Anm. 39), S. 75. Yasuis „Verfehlung“ bestand daher im Wesentlichen in der Vorstellung nationalsozialistischer Völkerrechtstheorie in Japan. – Yasui wechselte daraufhin an die Hōsei-Universität und engagierte sich später als prominenter Sprecher der Abrüstungs-Bewegung in Japan.

panischen Beamten, die aus ihren Ämtern entfernt wurden. In den juristischen Berufen fiel die Rate jedoch tendenziell noch niedriger aus.⁶⁴

Grundsätzlich können die Jahre zwischen 1945 und 1948 in Japan als eine Art utopischer Schwebezustand für Völkerrechtler bezeichnet werden. Die Rede von einer „Weltregierung“ (*sekai seifu*) mit den Vereinten Nationen im Mittelpunkt war in hohem Schwange und reflektierte die generell internationalistische Stimmung in Japan in dieser Zeit.⁶⁵ In den Jahren 1948/9 wurde der Kalte Krieg jedoch auch für Japan eine fühlbare Realität und trübte die internationalistische Stimmung allmählich ein. Sie spaltete im Folgenden die Geister der japanischen Völkerrechtler.⁶⁶ Die konservativere Faktion insbesondere von der Universität Tokyo neigte dazu, die 1951 geknüpfte und seit 1960 dauerhaft bestehende Sicherheitsallianz Japans mit den USA zu bejahen. Hier war – wie bereits erwähnt – insbesondere Yokota Kisaburō als Präsident des Obersten Gerichtshofs besonders einflussreich. Der andere Teil der japanischen Völkerrechtler, die zwar stärker vom Marxismus beeinflusst waren als Juristen in anderen Bereichen, somit aber auch den *allgemeinen* akademischen Trend in Japan repräsentierten, favorisierte dagegen einen neutralen Status Japans und einen absoluten Pazifismus, den sie durch Art. 9 der neuen Japanischen Verfassung geboten sahen. Beide Faktionen bestanden jedoch von früh an darauf, dass Japan als vollwertiges Mitglied den Vereinten Nationen beitreten müsse, allerdings aus verschiedenen, ja gegensätzlichen Gründen: auf der einen Seite als Vehikel der Integration auf Seiten der USA, auf der anderen als Mittel, den Einfluss der USA zu beschränken und Japans sicherheitspolitisches Schicksal in die Hände der Vereinten Nationen zu übertragen. Auch dieser Streit wurde im Bereich der Dogmatik ausgefochten.⁶⁷ Nach wie vor blieb die monistische Auffassung die vorherrschende. Allerdings verkehrten sich hier alsbald die Fronten, insofern die Befürworter eines pazifistischen, neutralen Japans unter dem Sicherheitsschirm der Vereinten Nationen nun den Vorrang innerstaatlichen Rechts vor dem Völkerrecht behaupteten (und so Art. 9 der Japanischen Verfassung über das US-Japanische Sicherheitsbündnis setzten), während die Verfechter des Sicherheitsbündnisses sich zum Primat des Völkerrechts bekannten (und damit das Bündnis gegenüber der Verfassung aufwerteten).⁶⁸ Dies führte ironischerweise dazu, dass sich die Befürworter einer Integration Japans in die Friedensordnung der Vereinten Nationen in der Folgezeit immer mehr aus der völkerrechtlichen Diskussion zurückzogen und sich auf die Frage der innerstaatlichen Verfassungsmäßigkeit beschränkten. Damit gingen ihre Positionen jedoch allmählich auch der idealistische Geist des Internationalis-

64 Vgl. K. Obata, Historical Functions of Monism with Primacy of International Law: a View based on the Japanese Experience during the Early Period of the Allied Occupation, *Japanese Annual of International Law* 49 (2006), S. 13.

65 Ein Überblick über die Debatte in der breiten Öffentlichkeit gibt Abel, *Warring Internationalisms* (Anm. 26), S. 178-195. Zur völkerrechtlichen Diskussion aus zeitgenössischer (kritischer) Sicht vgl. S. Tabata, *Sekai seifu no shisō* (Die Idee der Weltregierung), Tokyo 1951.

66 Zu dieser Spaltung siehe auch Sakai, *Kindai Nihon no kokusai chitsujo-ron* (wie Anm. 6), S. 64 f.

67 Zu einer Darstellung des Theorienstreits in der unmittelbaren Nachkriegszeit siehe K. Obata, *Historical Functions of Monism with Primacy of International Law* (wie Anm. 64).

68 T. Ebashi/H. Tomatsu, *Kiso enshū kenpō* (Grundlagenübung zum Verfassungsrecht), Tokyo 1992, S. 28 f.

mus verloren, und was sie über mehrere Systemwechsel hin getragen hatte, ging in der langen Eiszeit des Kalten Krieges unter.⁶⁹

4. Fazit

Die Beendigung des Kalten Krieges hat weltweit zu einer erneuten Dynamisierung der politischen Verhältnisse geführt, allerdings kaum so, wie es sich manche Zeitzeugen erträumten. Das kurze (Wieder-)Aufflackern der Hoffnung auf eine einheitliche Friedensordnung unter der Regie der Vereinten Nationen als „Weltregierung“ wich erneut der Ernüchterung über die beschwerliche Realität von Weltpolitik im Zeichen wachsender Multipolarität. Die Konsequenzen eines zunehmend fragmentierten politischen Raumes für die Völkerrechtsordnung werden heute freilich nicht mehr unter dem als obsolet betrachteten Theorienstreit zwischen Monismus und Dualismus verhandelt, sondern unter dem Stichwort der „Einheit der Völkerrechtsordnung“ und des Normenpluralismus.⁷⁰ Das weltanschauliche Problem von Universalismus und (regionalem) Partikularismus, das bereits japanische und andere. Völkerrechtler im 20. Jahrhundert diskutierten, bleibt jedoch nach wie vor bestehen. Es wird sich zeigen, welche Lösungen das 21. Jahrhundert für dieses Problem finden wird und welche Brüche und Kontinuitäten sich bei diesem Übergang zu einer neuen Ordnung ergeben werden.

69 Zum Streit um Art. 9 JV vgl. D. Hasler, Zivilgesellschaften zwischen Norm und Faktizität: das Verhältnis von Verfassungsrecht und Außenpolitik in Japan und Deutschland, Baden-Baden 2005. Zu einer Rückführung der Diskussion auf die völkerrechtliche Ebene vgl. H. Nasu, Article 9 of the Japanese Constitution Revisited in the Light of International Law, in: Zeitschrift für Japanisches Recht 18 (2004), S. 50-66.

70 Zum Begriff der „Einheit der Völkerrechtsordnung“ s. Vitzthum, Begriff, Geschichte und Rechtsquellen (wie Anm. 8), S. 38-43. Zur Diskussion vgl. auch D. Kennedy, One, Two, Three, Many Legal Orders: Legal Pluralism and the Cosmopolitan Dream, in: NYU Law Review of Law and Social Change 3 (2007), S. 641-659.